

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern

In Verbindung mit Ernst BACH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWÄRZHaupt, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUß

9. Jahrgang, Nummer 7/8

Z 2753 E

Bonn, im Juli/August 1961

INHALT

DER GEIST ÜBER DER POLIS von Hans-Otto Wölber	S. 1
FREIHEIT UND VERANTWORTUNG von Ludwig Erhard	S. 3
DAS CHRISTLICHE IN DER DEUTSCHEN POLITIK SEIT 1945 von Hans Wilhelmi	S. 6
GEIST UND MACHT, POLITIK UND BILDUNG von Kurt Sieveking	S. 8
PARTEIEN UND STAAT von Walter Strauß	S. 9
ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION	S. 11

DER GEIST ÜBER DER POLIS

Gedanken aus der Predigt in der Morgenandacht am 3. Juni 1961 in der Hamburger Hauptkirche St. Katharinen
anlässlich der 9. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

von Senior Hauptpastor Dr. Hans-Otto Wölber

*„Aber über das Haus David und über die Bürger zu
Jerusalem will ich ausgießen den Geist der Gnade
und des Gebets.“ (Sacharja 12, 10)*

Wir werden in dieser Morgenstunde kaum daran vorbeikommen, die nahen und die weiten Horizonte der politischen Wirklichkeit miteinander zu verbinden. Sie schicken sich an, die Fragen Ihrer Partei vom evangelischen Standpunkt aus zu beraten. Als Sie heute, am Morgen des 3. Juni, die Zeitungen aufschlugen, meldeten die Schlag-

zeilen die Begegnung von Kennedy und Chruschtschow in Wien. Das sind die nahen und die weiten Horizonte.

Signalisieren beide nicht so etwas wie einen neuen politischen Personalismus? Kennedy und Chruschtschow!

Zweifelloos geht es bei den bevorstehenden deutschen Wahlfragen um Maßstäbe des Personalen. Und im Blick auf die großen Weltbegegnungen pflegt man neuerdings, freilich zaghaft, vom „Geist von Camp David“, von Genf

und nun vielleicht — wir wissen es nicht — von Wien zu sprechen. Personalistische Politik?

Heißt das nicht deutlicher: Politik am Rande des Ungreifbaren, des Unverfügbaren?! Spüren wir etwas von den Grenzen der rationalen Mechanismen der Macht und sogar der doch auch möglichen Mechanismen der Freiheit, von den Grenzen des Gruppenwiderstreits, der bloßen Interessenbalance?

Personale Politik! Politik sehr ausschließlich durch die Menschen! Damit Politik am Rande des Unverfügbaren! Verfügen können wir in unserer Lebensordnung über soziale Gerechtigkeit, unverfügbar aber ist das Wunder eines gerechten Menschen. Verfügen können wir über den Raum der Freiheit, unverfügbar aber ist die freie Tat. Verfügen können wir über den Wohlstand in unserem Gemeinwesen, unverfügbar aber ist die Geborgenheit in ihm. Vielleicht können wir verfügen über die Tapferkeit unserer Entschlüsse. Aber nicht verfügen können wir über die Gewißheit in unserem Tun.

Unser Bibelwort sagt: Gott will über die Bürger, über die Polis, den Geist ausgießen. Gott will dem Menschen sein Menschliches geben. Der Mensch steht im Mittelpunkt der Politik, aber was ist es, wenn er nicht den Geist dazu hat, wenn das Unverfügbare ihn nicht ermächtigt?

Ich meine, wir müßten dieses Wort zunächst ganz „von unten her“ anhören. Wir können uns doch nicht verhehlen, gerade im Amt des Politikers, daß uns das Menschliche des Menschen in seinem Scheitern begegnet. Wieviel Anlaß zu Enttäuschung, wieviel Mühe, wieviel Unberechenbarkeit gerade aus der Tiefe her! Ich denke, zum Elementaren der Politik gehört die Erkenntnis der Sünde. Und neben uns steht die Versuchung des Zynismus, der Menschenverachtung.

Man kann es auch noch persönlicher sagen: Bewegt nicht gerade den Politiker immer auch die Frage nach dem unnötigen Verschleiß der Kraft, nach dem Sinn des Opfers, des Opfers an Zeit, Familie, und eben an dem Eigenen, dem Persönlichen. Man muß als Politiker die Fähigkeit entwickeln, das Auseinanderfließende zu verbinden. Aber welche Mühe ist das. Und wie oft taucht die Frage nach dem Sinn und der Hoffnung in solchem Tun auf.

Und noch auf eine andere Weise kann das Problem des Politikers betrachtet werden, wenn wir es „von unten“ nehmen, wenn wir auf das Angewiesensein, auf den Geist blicken: Der Urkonflikt, der sich im politischen Werk vollzieht, ist die Spannung von Macht und Gnade. Wir können, wenn wir an den Geist über der Polis denken, nicht nur für Macht sein. Aber wir können auch nicht ohne Macht sein. Das Gotteswort spricht vom Geist der Gnade und des Gebets. Das ist eine ganz andere Dimension. Aber wir spüren: ohne diese Dimension wird das Werk für den Menschen, das wir Politik nennen, nicht geschaffen. Wir sehnen uns nach dem Geist über der Polis.

Lassen Sie mich ein Bild oder Gleichnis gebrauchen: Paul Claudel schildert in seinem Buch über Christoph Kolumbus, wie dieser Mann seine Entdeckungsreise nach Amerika macht, und zwar nicht im Sinne unserer rational-naturwissenschaftlichen Entdecker-

lust, sondern um „die Erde für Gott“ zu gewinnen. Alles, was er tut, entstammt einer tiefen religiösen Wurzel. Aber er hat nun all die Schwierigkeiten, die wir kennen. Es geht um das große Wagnis. Immer nur Meer, immer nur Himmel. Wird die Erde für Gott entdeckt werden? Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. Die Mannschaft auf dem Schiff meutert. Sie muß zusammengehalten, wiedergewonnen werden. In einer entscheidenden Szene reißt Kolumbus vor versammelter Mannschaft den Kompaß von seinem Sockel und stürzt ihn ins Meer.

Das ist das gewollte Ende der letzten menschlichen Orientierungsmöglichkeit. Die entscheidende Tat ist nur eine Tat in Zuflucht. Wer sie nicht hat, wird das schwere Werk, die Erde für Gott zu gewinnen, nicht tun können.

Was ist ein Politiker, der nicht die Möglichkeit absoluter Zuflucht in seinem Herzen trägt? Es ist Gnade, die Erde für Gott gewinnen zu sollen. Aber man kann sie auch nur gewinnen in der Hingabe, in der Zuflucht zur Gnade. Geist der Gnade und des Gebets über der Polis! Hierin wird dem Menschen sein Menschliches gegeben. Das gilt dem Politiker, der über sein Werk und über sich selbst die Karten aufdeckt.

Ist das nun nur „innerlich“ gemeint? Ich denke nicht. Wir können den Geist nicht greifen. Aber wir können ihm Raum geben. Man kann als evangelischer Politiker nicht von einer naturrechtlichen definitiven Ordnung sprechen. Man muß vielmehr umgekehrt gleichsam vom Spielraum in der Ordnung sprechen, den sie dem Unverfügbaren gewährt. Das ist nicht weniger eindeutig als das Naturrecht. Aber das ist dynamischer. Wir sprechen nicht von Naturrecht, sondern vom Recht des Geistes, und ich wiederhole noch einmal, daß wir damit nicht die konkrete Wirklichkeit hinwegspiritualisieren. Wenn man ernst machen will mit dem Geist über der Polis, dann fängt das schon an mit der Rolle, die wir dem Menschen in der Ordnung zuweisen, mit der Möglichkeit, die ihm mitten in den sogenannten Strukturen für seine Entscheidung bleibt. Wo kein Platz mehr ist für Entscheidung und Verantwortung, da kann der Geist über der Polis keine Kraft gewinnen.

Die Platzanweisung für den Geist entscheidet sich z. B. auch beim Gebrauch der Macht. Wir werden vieles ertragen wollen, aber nie wieder den Staat als Gott. Es ist hier nicht meine Aufgabe, evangelische Politik zu definieren. Unter diesem Bibelwort möchte ich Gottes Ruf an Ihre Herzen ausrichten. Aber der Geist über der Polis ist etwas Konkretes und bedeutet geschichtliche Kraft. Wovon anders als von diesem Geist soll unser Volk zehren, wenn wir nicht wieder dahin gelangen wollen, wo wir waren.

Wer sich aber im Sinne dieses Bibelwortes verpflichtet weiß, wer also gehorsam sein will, der soll diese Morgenandacht nicht verlassen, ohne zu wissen, daß über allem Gehorsam Verheißungen stehen. Die Erde für Gott gewinnen zu sollen, ist nicht nur Gnade, und es geschieht dies auch nicht nur in der Zuflucht zur Gnade, sondern vor uns her geht die Gnade der Verheißung. Das große Risiko der Politik und die menschliche Ernüchterung, die wir dabei erfahren, sind nicht ungeschützt: „Ich will ausgießen den Geist der Gnade und des Gebets über die Bürger.“

FREIHEIT UND VERANTWORTUNG

Referat auf der 9. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hamburg

von Bundesminister für Wirtschaft Professor Dr. Ludwig Erhard

Mein Kollege Schröder hat mich schon entschuldigt, wenn ich hier nicht mit einem geschliffenen und systematisch ausgereiften Vortrag vor Sie trete, sondern mich auf einzelne Gedanken zu meinem Thema beschränken möchte.

Freiheit und Verantwortung sind als Begriffe sehr deutfähig. Ist es die Freiheit, die ich meine, die Du meinst, wie sie jeder begreift, dann kann die Freiheit fast auch das Chaos sein, das Ungebändigte, das in keine Ordnung eingespannt ist. Im Grunde genommen sind wir aber alle so geartet, daß wir schon geneigt sind, unter dem Begriff der Freiheit etwas Positives zu verstehen. Dagegen ist es mit der Verantwortung etwas schlechter bestellt. Viele Menschen verstehen sie als ein lästiges Korrelat zum Begriff der Freiheit, der damit wieder etwas weggenommen werden soll. Wenn das gar noch so ausgelegt wird, daß man zwar Freiheit verspreche, aber dann unter politischen, gesellschaftlichen und religiösen Gesichtspunkten diese Freiheit doch wieder einschränken möchte, ist zwar nicht der Willkür Tür und Tor geöffnet, aber wo liegen dann die Maße und die Grenzen?

Freiheit für etwas

Ich könnte das Thema geschichtlich untersuchen. Dabei wäre sicher leicht nachzuweisen, daß überall dort, wo die Völker Freiheit und Verantwortung nicht recht miteinander zu paaren wußten, das Unheil nicht allzu weit war. Vielleicht ist auch aus der jüngsten Geschichte ein falscher Zungenschlag in den Begriff der Freiheit gekommen, indem man immer nur gehört hat: „Freiheit von . . .“ — z. B. Freiheit von Hunger, Freiheit von Not —, aber nie: „Freiheit für . . .“. Und ich glaube, in der Frage nach der Freiheit für etwas liegt der richtige Kern; denn da wird der Einzelne selbst angesprochen, da tauchen dann die eigentlichen Werte, nämlich Nächstenliebe, Pflicht, Menschenwürde usw., auf.

Wenn ich von der Verantwortung spreche, dann meine ich nicht nur die Verantwortung für irgendein Tun, die Verantwortung für irgendeine spezielle Entscheidung, wie sie gerade ansteht, wie sie uns täglich abgefordert wird, sondern die Verantwortung für unser Handeln, für unsere Haltung schlechthin, d. h. die Verantwortung vor unserem Gewissen, die Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Verantwortung — ein sittlicher Ordnungsbegriff

Die Freiheit darf also nicht zu einem Götzendienst werden — ohne Verantwortung, ohne Bindung, ohne Wurzel. Die Verbindung zwischen Freiheit und Verantwortung aber bedarf der Ordnung. Ich hätte eigentlich lieber gesprochen über das Begriffspaar: Freiheit und Ordnung; denn die Verantwortung ist für mich ein Ordnungsbegriff, ein sittlicher Ordnungsbegriff. Und nur, wenn die Freiheit in einer Ordnung von der Verantwortung gebündelt ist, finden wir den richtigen christlichen und gesellschaftspolitischen Standort gegenüber diesen Werten. Denn ohne Zweifel droht die Freiheit ohne Ordnung ins Chaotische zu entarten. Ebenso aber wissen wir, daß Verantwortung und Ordnung, wenn man sie nur als einen äußeren Rahmen, nur als Form nimmt, allzu leicht im Zwang ersticken.

Wenn man hier einen ersten politischen Aspekt anfügen will und etwa auf Weimar und auf die Zeit bis zum Nationalsozialismus verweist, dann könnte man vielleicht

sagen, daß es zur Tragik dieser Zeit aus dem mangelnden Mut zur Verantwortung und aus einer Fehldeutung des Begriffes der Freiheit, nicht nur der menschlichen, sondern auch der demokratischen Freiheit, kam.

Die Freiheit ist unteilbar

Wir haben überhaupt in unserer Geschichte erfahren, daß man die Freiheit nicht beliebig teilen kann. Der Einzelne irrt, wenn er glaubt, er könne sich seine Freiheit erhalten, wenn um ihn herum das Bewußtsein für den Wert der Freiheit verlorengeht, sei es in der Nation oder sei es in den engeren oder weiteren gesellschaftlichen Bindungen, in denen er lebt. Der Einzelne mag sich vor seinem Gewissen wohl noch das Gefühl der Freiheit bewahren, aber er zerbricht in sich selbst und mit seiner Umwelt, wenn die Freiheit geteilt ist zwischen dem, was er in seiner Brust erlebt und was er an Ordnungsvorstellungen und Ordnungsformen um sich vorfindet.

Ein Blick auf den Kommunismus macht uns mit allem Nachdruck klar, daß gerade der Christenmensch aufrufen ist, sich zur Freiheit zu bekennen, zu einer Freiheit allerdings, die nichts Chaotisches in sich trägt, sondern die das Letzte in uns anspricht, die höchste Verpflichtung. Da gibt es kein Ausweichen mehr. Es mag sein, daß es in der Tagespolitik allenthalben notwendig ist, einen Kompromiß zwischen Freiheit und Verantwortung zu schließen, aber vor unserem Gewissen dürfen wir solche Kompromisse nicht schließen.

Ich habe gelegentlich scherzhaft vor dem Deutschen Bundestag gesagt: ich wisse auch, daß ich manchmal sündige. Nun, ich weiß jedenfalls noch, wann ich sündige. Ich bin mir dessen vor meinem Gewissen bewußt, und das ist ein Beweis dafür, daß es nicht eingeschlafen ist. Auch dem Menschen, der um das Rechte weiß, bleibt das Sündigen nicht erspart — das wissen wir alle —, aber er muß sich dessen eben bewußt sein. Und ich glaube, wir haben gesellschaftspolitisch die Frage zu stellen, wo hier denn eigentlich die Grenzen liegen, wie weit eine Gesellschaft gegen den Geist der Freiheit und den Geist der Verantwortung verstoßen darf, ohne das Ganze zu gefährden, ohne daß sich mit der Quantität die Qualität im Zusammenleben der Menschen verändert.

Der Preis der Freiheit

Die Freiheit hat ihren Preis. Die Freiheit wird uns nicht geschenkt. Wo kein Pflichtgefühl, kein Sinn für Rechtfertigung, für Wahrhaftigkeit, für Menschlichkeit ist, da wird die Freiheit zwangsläufig entarten. Im Blick auf die Entwicklungsländer — es ist ja sehr modisch geworden, sich damit zu befassen — heißt das: Zu welcher Art von Freiheit wollen wir diesen Völkern eigentlich verhelfen? Soll es nur die Freiheit sein von Hunger und Not, oder meinen wir eine andere Freiheit? Ich glaube, mit der Freiheit von Hunger und Not allein ist es nicht getan, sondern es geht auch darum, wie wir die Menschen dieser Länder über Stationen des Denkens und des Erkennens und des Erfassens der Umwelt einem tieferen Nachdenken über Formen der Gemeinsamkeit, über Formen des Zusammenlebens untereinander und auch mit uns nahebringen können. Wir wissen selbstverständlich aus eigener Erfahrung, wie sehr mit dem Begriff der Freiheit die Gefahr des Mißbrauchs verbunden ist. Wo man die Freiheit,

die freie Entscheidung, den freien Willen mit Gewalt ertrotzen will und ertrotzen kann, sind die Fundamente der Freiheit bereits angeschlagen. Und damit lassen Sie mich etwas zu den sozialökonomischen Problemen sagen:

Die entscheidende sozialökonomische und gesellschaftspolitische Frage

Alle Zwangsformen der Wirtschaft sind im Grunde genommen, auch wenn sie materiell vielleicht sogar erfolgreich sein können, unmoralisch, weil in ihnen der lebendige Mensch mit seinem Gewissen zerstört wird.

Ich hüte mich freilich meist, solche Sätze so absolut auszusprechen, denn ich möchte nicht als ein Pharisäer erscheinen. Auch wir sind ja nicht frei davon, allenthalben mehr Rechte als Pflichten für uns in Anspruch nehmen zu wollen. Aber es ist ganz sicher, daß hier die entscheidende sozialökonomische und gesellschaftspolitische Frage angeschnitten ist: Wieviel Freiheit, wieviel Verantwortung, wieviel Ordnung ist in den verschiedenen Gesellschaftsformen jeweils enthalten? Ich möchte nicht alle aufzählen. Von der Sklaverei über den Feudalismus und den Kapitalismus bis zum Marxismus und Kommunismus — immer finden wir, daß wir doch ein feines Gefühl für den inneren Wert dieser Gesellschaftsformen haben. Und wenn wir näher prüfen, dann sind die Wertigkeiten, die positiven und die negativen, immer daran ausgerichtet war. In dieser Ordnung hat man soziale Ungleichheiten, auch Ungerechtigkeiten hingenommen, weil der Wert eben nicht mehr im Materiellen lag. Die Begriffe von Recht und Freiheit waren nicht an Normen dieser Welt orientiert, sondern sie richteten sich auf eine Zukunft im Jenseitigen.

Aus allen diesen Formen hebt sich das Mittelalter als eine Zeit heraus, in der die Menschen eingespannt waren in eine hierarchische Ordnung, die auf einen letzten, nicht mehr diesseitig, sondern auf Gott bezogenen Wert ausgerichtet war. In dieser Ordnung hat man soziale Ungleichheiten, auch Ungerechtigkeiten hingenommen, weil der Wert eben nicht mehr im Materiellen lag. Die Begriffe von Recht und Freiheit waren nicht an Normen dieser Welt orientiert, sondern sie richteten sich auf eine Zukunft im Jenseitigen.

Solche Formen kann man nicht konstruieren. Es wäre töricht und falsch, anzunehmen, wir könnten diese Hochzeiten des Mittelalters jemals wieder zurückformen und sie könnten für uns noch einmal ein verpflichtendes Prinzip sein. Es genügt, wenn wir das Essentielle daraus erkennen: nämlich, daß unser Leben und das, was wir hier vollbringen, nicht ein letzter Wert sein kann. Und schon gar nicht kann das für jene Formen des Lebens gelten, die rein materiell bedingt sind; ich meine den Marxismus, der über den Kollektivismus zum Kommunismus geführt hat.

Immun gegen „Zwangsläufigkeit“?

Wir sollten uns hüten vor all denen, die uns weismachen wollen, daß unser Leben, vor allen Dingen unser gesellschaftspolitisches und soziales Leben, sich in Gesetzmäßigkeiten vollziehe, deren Walten wir sozusagen sklavisch ausgeliefert seien. Es ist ja bekanntlich die Theorie des Marxismus gewesen, daß wir in einer inneren, unausweichbaren Entwicklung über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, über die Expropriation der Expropriateure in die klassenlose Gesellschaft hineingetrieben würden und diese dann die Glückseligkeit bedeute.

Hier ist nicht der Ort, das auszudeuten und auf all die Irrtümer einer solchen Theorie hinzuweisen. Ich möchte nur das eine herausheben: Man glaubte, die Dinge müßten sich gesetzmäßig vollziehen und es hätte gar keinen Sinn, sich dagegen aufzulehnen. Das ist eine gespenstische Parallele zu Herrn Chruschtschow, der heute mit

Überzeugungskraft — subjektiv gesehen — der Welt verkündet: Der „Kapitalismus“ ist tot! Er kann tun und lassen, was er will, die Geschichte läuft so ab, daß am Ende der Entwicklung der Kommunismus steht!

Sind wir gegen diese Lehre als Volk wirklich immun? Haben wir nicht schon soviel Mimikry angenommen, daß wir matt zu werden drohen, ja vielerorts zu fragen beginnen, ob in solchen Aussagen nicht vielleicht doch ein wahrer Kern sei — obwohl z. B. gerade die These von der Entwicklung zur klassenlosen Gesellschaft inzwischen in einem ganz anderen Sinne Wirklichkeit geworden ist, als das der Sozialismus von einst prophezeite. Ich spreche auch, allerdings mehr scherzhaft, von einer klassenlosen Gesellschaft, die wir erreicht haben, und meine damit eine Gesellschaft, in der die haßerfüllten Klassengegensätze geschwunden sind, weil die Lebensformen der Menschen sich mehr und mehr einander angeglichen haben, weil uns alle mehr oder minder das gleiche Lebensgefühl erfüllt, weil unsere Sehnsüchte, unsere Vorstellungen gleichartiger geworden sind.

Ich glaube nicht an die Gesetzmäßigkeit. Ja, ich muß sagen, ich protestiere gegen diese Auffassung, ich protestiere dagegen, daß wir schon nicht mehr die Kraft finden, uns gegen das zu wehren, was uns als „unaufhaltsames Schicksal“ vorgesetzt werden soll.

Unsere Umwelt bewußt gestalten!

Ich darf ein anderes Beispiel erwähnen, das gerade in den letzten eineinhalb Jahren die Geister sehr bewegt hat: den Prozeß der Konzentration in der Wirtschaft. Sie wissen, daß sich der „Verein für Socialpolitik“ auf seiner Küssinger Tagung mit diesem Thema befaßt hat. Ein berühmter Gelehrter, der schon mannigfach über deutsche Verhältnisse urteilte, gab die Erklärung ab: Wehrt Euch doch nicht mehr gegen diese Konzentrationsbestrebungen! Das ist alles vorgegeben, das liegt im Zuge eines technischen Prozesses, der unaufhaltsam ist. Wir können ihn nur mitmachen, sich dagegen zu wehren, hat keinen Sinn mehr.

Seine Anklage richtete sich gegen die sogenannten Ordoliberalen, zu denen ich mich auch zähle. Sie sind der Meinung, daß es keinen Prozeß gibt, der nicht zuletzt in unserer Hand liegt. Wo kämen wir denn hin, wenn wir uns nicht mehr zutrauen würden, unsere Umwelt bewußt zu gestalten! Es mag Tendenzen nach dieser oder jener Richtung geben, aber man kann doch nicht einfach sagen: hier bestehe eine innere Gesetzmäßigkeit; mit der Konzentration werde zwar eine Umichtung des Eigentums vor sich gehen, würden — genau nach Marx — Mammutgebilde entstehen, werde auf der anderen Seite die Zahl der Abhängigen immer größer werden, aber dieser gesellschaftspolitische Prozeß sei nun einmal unausweichlich. Ich bestreite das mit aller Entschiedenheit!

Dieser Prozeß wäre allerdings unausweichlich, gäben wir uns der Illusion hin, daß es gesellschaftspolitisch ideal wäre oder christlicher Gesinnung und christlicher Ethik entspräche, wenn jeder Verrichtung in der Volkswirtschaft, wo immer es auch sei, die gleiche materielle Entlohnung, der gleiche Verdienst in Mark und Pfennig zuteil würde. Das aber würde es dennoch nie geben.

Ich habe gestern vor Handwerkern gesprochen und vorgestern auf einer großen Bauernkundgebung. Und ich bin fest davon überzeugt: sowohl das Handwerk wie die Landwirtschaft werden auch in Zukunft eine gesicherte Existenz haben, und es wird sich hier ein blühendes Leben entfalten können, in dem die Menschen vor allen Dingen noch eine wesensgemäßere Erfüllung finden als in der konzentrierten Industriewirtschaft. Wenn die Bauern und Handwerker allerdings der Meinung sind, sie müß-

ten gleichwohl nach vergleichbaren Leistungen in Mark und Pfennig das gleiche nach Hause tragen, dann geht die Rechnung zweifellos nicht mehr auf. Hier muß man also schon die verschiedenen Wertigkeiten nebeneinanderstellen. Man muß — und dazu hat uns Gott doch Geist und Verstand und ein Gewissen gegeben — das Gute und das Böse, das Vorteilhafte und das Nachteilige sorgfältig wägen und dann das auswählen, was einem selbst die meiste Erfüllung, die meiste Befriedigung, das meiste Glück, sei es im Irdischen oder im Blick auf die letzte Erfüllung unseres Seins, zu geben vermag.

Mißbrauch der Verantwortung

Damit komme ich zu einem Zentralproblem unserer Zeit: Wer trägt eigentlich Verantwortung und wem gegenüber trägt er sie? Die christliche Antwort lautet selbstverständlich: jeder trage Verantwortung, und jeder trägt ja auch tatsächlich die Verantwortung vor seinem Gewissen, wenn er nachdenklich ist, und d. h. vor den Menschen und im letzten vor Gott.

Wenn ich aber z. B. das Vergnügen habe, mich mit den Vertretern der verschiedenen Gruppen auseinanderzusetzen, dann höre ich nichts von dieser Verantwortung, sondern immer bloß von der Verantwortung gegenüber den zu Vertretenden. Hier wird der Begriff der Verantwortung, wenn nicht in das Gegenteil umgekehrt, dann jedenfalls soweit abgewertet, daß nur noch von einem Mißbrauch seines hohen Wertes die Rede sein kann.

Ich sage nichts gegen die Vertretung von Interessen. Sie ist durchaus legitim, solange sich die einzelnen Gruppen bewußt sind, daß sie sich in ein Ganzes einzuordnen haben und daß die Rechnung nicht aufgeht, wenn jeder glaubt, ohne Rücksicht auf den anderen und fühllos gegen seine Umwelt unter Inanspruchnahme von Macht jeweils das herausholen zu können, was der Augenblick hergibt.

Ich bin sehr für Wettbewerb, aber ich verstehe darunter nicht, mit den Mitteln der Macht für sich das herauszuschlagen, was eben nur die Macht erreichen kann. Das ist ja auch der tiefere Sinn unseres Kartellgesetzes, daß alle Macht eingespannt sein muß in einen Ordnungsrahmen, und so auch der Wettbewerb, damit er sich in den Bahnen menschlicher Gesittung vollzieht. Was soll man z. B. sagen, wenn bei einer Maßnahme wie der Währungsaufwertung — die ganz zweifellos das Volk in seiner Gesamtheit berührte — diejenigen, die nach der freien Entscheidung des Volkes die Verantwortung für das Ganze tragen, zur Antwort bekamen: das ginge die einzelnen Gruppen nichts an. Sind wir mit einer solchen Haltung nicht schon auf dem halben Wege zur Anarchie? Und darum sehe ich mit großer Sorge, daß der Begriff der Verantwortung heute immer wieder nur sehr einseitig in der Richtung der Vertretung von Gruppeninteressen verstanden wird.

Auf dem Wege in eine neue Zeit

Dabei ist es doch offensichtlich, daß wir uns in eine neue Zeit hineinbewegen. Erinnern wir uns einmal daran, wie es war, als der Ruf ertönte: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Das war ein Notruf, ein Kampf Ruf, aus dem Zeitgeschehen und den Zeitumständen wohl begreiflich, aber eben doch voll feindlicher Aggressivität. Wenn wir demgegenüber heute sehen, wie — statt einer Klasse und nicht aus irgendeiner aggressiven Haltung heraus — die Völker bemüht sind, über ihren eigenen Schatten, über den Schatten ihrer Geschichte, über nationalistisches, protektionistisches, autarkes Denken hinweg zu einer größeren Gemeinsamkeit zu kommen, dann kann und muß man das als einen Fortschritt bezeichnen. Das Zusammenleben der Völker ist heute von vielen falschen

und verlogenen Akzenten befreit und gibt dem gemeinsamen Raum. Und ich frage mich, ob das nicht auch im nationalen Bereich so ist, ob wir hier nicht allmählich erkennen, ein wie fades Spiel die Auseinandersetzung der Sozialpartner über Löhne und Arbeitszeit eigentlich ist, über das wir hinwegkommen müssen.

Was wäre das für eine unbefriedigende Sache, Wirtschaftspolitik nur als Handhabung eines Instrumentariums aufzufassen, das die Volkswirtschaft dazu befähigt, das Sozialprodukt und die Produktivität ständig zu steigern, d. h. das Volkseinkommen und damit auch das Individual-einkommen fortlaufend zu verbessern, die Lebensmöglichkeiten im Materiellen immer vielfältiger zu gestalten und einen Konsum auf den anderen zu türmen. Früher oder später stünden wir unweigerlich vor der Frage: Ist das nun eigentlich alles? Und ich habe den Eindruck, diese Frage stellen sich schon heute sehr viel mehr Leute, als wir ahnen, nicht zuletzt Arbeiter und Angestellte, Menschen also, die durchaus noch offene Konsumwünsche haben. Sie sagen sich etwa: „Jetzt haben wir wieder etwas geschafft, haben mehr als bisher geschafft, denn die Frau hat mitgearbeitet. Nun haben wir das Fernsehgerät, nun sind wir auch zum Auto gekommen. Und damit haben wir auch soziale Geltung gegenüber unseren Freunden erlangt. Das hat alles ganz gut funktioniert, aber schon kommt das Nächste auf uns zu, und dann werden Technik und Industrie schon wieder etwas bereitstellen, dem wir nachjagen können. Und das soll so gehen bis ans Ende unseres Lebens? Das ist doch eigentlich eine ziemlich fade Angelegenheit!“ Und dieser Meinung bin ich, wie gesagt, auch.

Dynamisch expansive Wirtschaftspolitik

Wir müssen uns darüber klar werden, wie die Dinge wirklich sind: Für unser Land, dessen Schicksal es aufgrund seiner Struktur und seiner Geschichte nun einmal ist, mit an der Spitze der modernsten Industriewirtschaften der Welt zu stehen, würde jeder Rückfall ein Absinken in die Primitivität bedeuten, und damit nicht nur einen zwangsläufigen Verzicht auf Konsum, der ja auch nicht gerade erwünscht wäre, sondern darüber hinaus, daß wir nicht mehr in der Lage wären, gemeinsame Aufgaben zu erfüllen, die sehr wohl wert sind, erfüllt zu werden, und die vielleicht erst unsere Zukunft ausmachen. Im Hinblick auf die kommunistische Gefahr aber würde ein solcher Rückfall u. U. die Kapitulation bedeuten, denn auch unsere Verteidigungsbereitschaft erfordert eine gesunde materielle Grundlage.

In einer modernen Gesellschaft mit einer dynamisch expansiven Wirtschaftspolitik sind die Mehrung des Einkommens und die Verbesserung des Konsums sozusagen das Abfallprodukt der Arbeit. Das können wir gar nicht verhindern, es sei denn, es würde eine Krise über uns hereinbrechen, was niemand wünschen kann.

Zeichen der Versöhnung

Es sind freilich Zeichen der Versöhnung zu erkennen. Wenn wir den Wohlstand mehren und der Einzelne immer besser leben kann, dann wird früher oder später ein Punkt der Sättigung erreicht. Hier wirkt das Gesetz des abnehmenden Nutzens. Die Reize stumpfen sich ab und mit jedem weiteren Aufwand wird die innere Befriedigung, die damit erreicht wird, relativ kleiner. Und dann kommt eben ein Punkt, wo sich sozusagen die Woge bricht, wo der Aufwand an materiellen Mitteln, an Fleiß, an körperlicher und geistiger Kraft sich nicht mehr lohnt, wo — statistisch allerdings nicht registrierbar — der Einzelne sich sagt: „Das kann nicht der

Sinn des Lebens sein.“ Und dann müssen wir bereit und in der Lage sein, ihm darauf eine Antwort zu geben. Darin sehe ich unsere christliche Verpflichtung.

Einheit in der Vielfalt

Wir müssen versuchen, vom Robotertum und Managertum loszukommen und uns wieder der Vielfältigkeit des Lebens bewußt zu werden. Wir sind dabei, ein neues Europa zu bauen. Es gehört heute nur noch wenig Phantasie dazu, um zu erkennen, daß dieses Europa nicht in den technischen Rahmen der Sechzig eingespannt bleiben wird, sondern sich bereits umfassendere Lösungen abzeichnen. Es geht darum, zu einem europäischen Bewußtsein zu kommen, zu einer schicksalhaften Gemeinschaft in allen Lebensbereichen, und dennoch die ganze Vielfältigkeit der Kulturen der geschichtlichen Überlagerungen und alles, was uns selbst geformt hat, zu bewahren. Das scheint doch zu gelingen, es scheint doch einen Weg zu geben zu einer Einheit in der Vielfalt. Sollte es nicht möglich sein, zu einer solchen Einheit in der Vielfalt auch im gesellschaftspolitischen Sein der einzelnen Völker zu finden? Bahnen sich nicht auch hier Versöhnungen an, und ist es nicht so, daß diese innere

Sehnsucht der Menschen heute immer wieder von den Funktionären abgedrängt wird, weil diese wissen, daß es ihr eigener Untergang wäre, wenn die Menschen zum Bewußtsein ihrer selbst, ihrer Kraft aufgrund ihrer Persönlichkeit gelangten? Denn dann brauchten die Menschen das Kollektiv nicht mehr, um sich durchzusetzen, das Kollektiv, das sie nicht stärker macht, sondern entwürdigt.

Ich glaube, dieser Prozeß ist bereits im Gange. Wir kommen auch im nationalen Raum immer mehr zum Bewußtsein der Einheit in der Vielfalt. Aber da wollen wir uns auch an unsere eigene Brust schlagen: Ist denn nicht manches anders gelaufen, als wir es vor unserem Gewissen gewünscht und vor unserem Verstand als richtig empfunden haben, bloß weil wir nicht den Mut hatten, dafür zu zeugen, sondern einfach kapitulierten? Mit Kapitulation können wir in dieser Zeit unsere Welt und unser menschliches Leben nicht mehr retten. Wir müssen den Mut und die Kraft aufbringen, für unsere Überzeugung einzustehen gegen alle Verleumdungen. Wir müssen zeugen für ein Leben, wie es uns aus christlicher Gesinnung aufgegeben ist.

Das ist die Aufgabe.

DAS CHRISTLICHE IN DER DEUTSCHEN POLITIK SEIT 1945

Bericht über die Beratungen in der Arbeitsgruppe I
auf der 9. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hamburg

von Bundesminister Dr. Hans Wilhelm

Die Diskussion wurde eingeleitet durch ein Referat von Professor D. Dr. Martin Redeker, Kiel, der davon ausging, daß das „C“ im Namen der CDU/CSU eine kritische Norm für die Politiker ist, die meinen, daß die Gebote Gottes und die aus ihnen resultierende sozial-ethische Verantwortung die entscheidende Voraussetzung für die Politik in unserem freiheitlichen sozialen Rechtsstaat sein müssen. Das „C“ ist, so unterstrich Redeker, kein Anspruch nach außen, sondern eine Verpflichtung nach innen.

Die Botschaft von Treysa

Die CDU/CSU hat sich über diese ihre Grundlage nicht nur mit den Auffassungen anderer politischer Kreise, sondern auch mit der evangelischen Kirche auseinandersetzen müssen. Als im Spätsommer 1945 in Treysa evangelische Männer und Frauen, die sich im Kampf der Bekennenden Kirche bewährt hatten, sei es in zerstörten Kirchen, sei es auch in den sogenannten intakten Kirchen, zum erstenmal nach dem Zusammenbruch zu einer deutschen Kirchenversammlung zusammentraten, waren sie mit dem Gedanken gekommen, daß bei dem notwendigen Neubau der evangelischen Kirche die Aufgabe im Vordergrund stehen müsse, „weit stärker als bisher auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens und insbesondere der politischen Gemeinschaft einzuwirken“ und denjenigen Unterstützung zu gewähren, die sich als evangelische Christen auf der politischen Ebene betätigen wollten.

Dabei spielten die gleichen Erfahrungen eine Rolle, die für die Gründung der CDU/CSU tragend waren. In dem Treysaer „Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben“ wurde betont, daß „nur da, wo Grundsätze christlicher Lebensordnung sich im öffentlichen Leben auswirken, die politische Gemeinschaft vor der Gefahr dämonischer Entartung bewahrt“ bleibe. In diesem Wort wurde weiter „die Sammlung und stete gegenseitige Befruchtung eines Kreises christlich gesinnter, verantwortungsbewußter Laien“ ge-

fordert, die „entschlossen sind, die Wahrung christlicher Lebensordnung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durchzusetzen“. Wir finden hier also eine theologische Grundlage für das, was die Union auf politischem Gebiet getan hat.

In den folgenden Jahren ist ein Teil der evangelischen Theologen von den Treysaer Erkenntnissen weitgehend abgewichen. Es wurde die These aufgestellt: christliche Verantwortung könne nur darin ihren Ausdruck finden, daß der Christ sich zum Pazifismus bekenne, weil der Verzicht auf Macht, das Leiden und das Opfer die eigentliche christliche Haltung im politischen Bereich seien. Im Zusammenhang mit der Obrigkeitsdebatte forderten einige Theologen unter Berufung auf das christliche Liebesgebot sogar die politische Anerkennung des Zonen-Regimes. Professor Redeker setzte dem folgendes entgegen: Das Bekenntnis zu Christus schließt das Bekenntnis zum Vater Jesu Christi ein, der auch im Atomzeitalter die Welt regiert. Das Mittel seiner Herrschaft ist der Staat, dem er die Aufgabe gestellt hat, eine Lebensordnung zu schaffen, in deren Mittelpunkt die Freiheit des Menschen als Ebenbild Gottes und Gemeinschaft auf dem Boden des Rechts stehen. Von daher gesehen ist ein Staat, der auf militantem Atheismus und absoluter Willkür begründet ist, pervertierte „Obrigkeit“. Aus dem christlichen Liebesgebot kann somit nicht die politische Anerkennung des Ulbricht-Staates durch die Bundesrepublik abgeleitet werden. Die Frage, wie sich der Christ in der Sowjetzone verhalten soll, ist für uns Westdeutsche nur sehr schwer zu beantworten, weil wir sie nicht existentiell durchzustehen haben.

Übereinstimmung mit den meisten Theologen

An die Ausführungen von Professor Redeker schloß sich eine ausführliche Debatte an. Sie entzündete sich an der Frage: „Wie ist das Christliche in der deutschen Politik von der CDU/CSU vertreten worden, und wie weit weicht

dies von gewissen politischen Auffassungen ab, die in der evangelischen Kirche hervorgetreten sind?" Die Aussprache ergab, daß die Mitglieder des Arbeitskreises sich ihres Weges als evangelische Christen in der Union völlig sicher sind. An keinem Punkt trat hervor, daß man glaube oder auch nur das Gefühl habe, die CDU/CSU sei in ihrer Politik vom Christlichen abgewichen; das gilt auch für die Entscheidungen in der Frage der atomaren Bewaffnung. Vielmehr kam eindeutig zum Ausdruck, daß zwischen den evangelischen Politikern der Union und der großen Mehrheit der evangelischen Theologen insofern völlige Übereinstimmung besteht, als letztere den Standpunkt einnehmen, daß die politischen Entscheidungen, die die CDU/CSU gefällt hat, von der Kirche als aus christlicher Verantwortung mögliche Entscheidungen anzuerkennen sind.

Schmerz über Intoleranz

Bezeichnend war, daß bei allen Sprechern der Schmerz über die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der evangelischen Kirche, insbesondere aber über die Intoleranz, mit der andere politische Auffassungen im Raum der Kirche vertreten werden, deutlich wurde. Die „Kirchlichen Bruderschaften“, um die es sich in diesem Falle handelt, haben bekanntlich vor drei Jahren an die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland die ultimative Forderung gerichtet, zu erklären, daß alle diejenigen, die die Politik der Abschreckung durch Atomwaffen bejahen, oder auch nur dazu schwiegen, gegen die Glaubensartikel verstießen und sich damit selbst aus der Kirche ausschlossen. Die Synode der EKD hat es damals abgelehnt, einen solchen Beschluß zu fassen. Sie hat die Verschiedenartigkeit der Auffassungen in ihren Reihen festgestellt und bekannt, daß man trotz dieser Gegensätze im Glauben zusammenbleiben wolle. Noch heute ist das Ringen um diese Frage in der EKD nicht abgeschlossen. Wir waren uns jedoch darüber klar, daß in der Kirche etwas Ähnliches vor sich geht wie im politischen Bereich, d. h. diese Frage allmählich an Bedeutung verliert.

Mehr als bisher miteinander sprechen!

Einen starken Eindruck hinterließen die Berichte einzelner Teilnehmer über die Schwierigkeiten, denen sie sich als aktive Mitglieder der Union in ihren kirchlichen Gemeinden, vor allem aber im Verhältnis zu ihren Pfarrern gegenübersehen. Gerade die Berichte aus einfachen Lebenskreisen waren besonders eindrucksvoll. Alle diese Berichte aber ließen erkennen, wie sehr die evangelischen Christen in der CDU/CSU an ihrer Kirche hängen und erwarten, von ihr in der Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung gestärkt, nicht aber wegen ihres politischen Einsatzes und ihrer politischen Entscheidungen gerügt zu werden. Manches kam zur Sprache, aus dem sich ergab, daß bei den Theologen nicht immer volles Verständnis für die politische Arbeit vorhanden ist. Es wurde deshalb angeregt — und diese Anregung bitte ich weiterzugeben in den Arbeitskreisen auf Landes- oder Ortsebene —, sich darum zu bemühen, daß der Politiker und der Theologe mehr als bisher miteinander sprechen. Das heißt nun allerdings nicht, daß sie sich gegenseitig in ihren Entscheidungen beeinflussen sollen. Es geht auch nicht darum, daß sich der Politiker vom Theologen seine politischen Entscheidungen gewissermaßen bestätigen lassen soll. Wir müssen hier vielmehr gerade als evangelische Christen den Grundsatz vor Augen haben, daß unsere Partei keinen Klerikalismus will, sondern sich als ein Zusammenschluß von politisch aktiven Staatsbürgern ver-

steht, die ihre Entscheidungen aus christlicher Verantwortung fällen wollen.

Die beste Hilfe: Verkündigung

In einer sehr eingehenden Erörterung der Frage, wie weit die evangelische Kirche etwa dem evangelischen Politiker bei seiner Arbeit helfen kann, sind wir letztlich zu der Erkenntnis gekommen, daß die beste Hilfe einfach und schlicht die Verkündigung des Wortes Gottes ist. Denn vom Worte Gottes leitet sich alles ab. Es ist für den evangelischen Christen untragbar und darf deshalb auch gar nicht von ihm gewünscht werden, daß seine Kirche ihm Anweisungen in Einzelfragen des politischen Lebens gibt. Auf der anderen Seite — und das ist ebenso klar zum Ausdruck gekommen — können und müssen wir evangelischen Politiker von unserer Kirche und ihren Repräsentanten, also vor allem von den Pfarrern, verlangen, daß sie uns das Wort Gottes in bezug auf unsere politische Arbeit verkündigen, nicht etwa im Sinne einer besonderen Anweisung, aber doch so, daß wir durch diese Verkündigung in unserer Arbeit als Politiker gestärkt werden. Wir evangelischen Politiker selbst aber müssen uns eng zu unseren Kirchengemeinden halten und uns ganz persönlich unter die Wortverkündigung stellen. Ich glaube auch, daß wir in Gesprächen mit den Theologen Verständnis für die Sorgen der Politiker wecken sollten. Die gegenseitige Aussprache sollte gewissermaßen „von unten“ erfolgen; sie ist eine entscheidend wichtige Aufgabe.

Eine Plattform der Prüfung

Weil wir von unserer Kirche keine Anweisungen in politischen Einzelfragen erwarten können und dürfen, ist es unsere Aufgabe, konkrete politische Entscheidungen im gemeinsamen Gespräch als evangelische Christen und evangelische Politiker zu erarbeiten. Damit ist eine Frage beantwortet, die schon in der dieser Tagung vorausgegangenen Pressekonferenz von Herrn Minister Schröder angeschnitten worden war, die Frage nämlich, ob der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU heute überhaupt noch notwendig ist. In unserer Aussprache ist diese Frage eindeutig bejaht worden; es hat sich als ein echtes Bedürfnis erwiesen, mit diesem Arbeitskreis auf politischem Gebiet eine Plattform der Prüfung zu haben, ob wir das von der Kirche verkündigte Wort Gottes in einer Weise in uns aufgenommen haben, die uns in die Lage versetzt, eine persönliche politische Entscheidung zu fällen. Ich glaube, wir unterscheiden uns darin ein wenig von unseren katholischen Freunden, da für uns das Verhältnis zwischen Glauben und Werk ein anderes ist. Deshalb ist es die Aufgabe der Kirche uns gegenüber, den Glauben zu stärken, und unsere Aufgabe gegenüber der Kirche, Verständnis für die Besonderheit der politischen Arbeit zu erwecken.

Ich darf noch hinzufügen, daß das Problem des Unterschieds zwischen evangelischen und katholischen Christen in der Diskussion keine Rolle gespielt hat. Vielmehr unterstrich sie in beglückender Weise das gemeinsame Bewußtsein von der Bedeutung einer Politik aus christlicher Verantwortung.

Wir evangelischen Christen in der Union sind uns — um es noch einmal hervorzuheben — als Christen gewiß, daß der Weg der CDU/CSU richtig war und ist. Und es bleibt unsere heiße Sehnsucht, diesen Weg in unserer gesamten Kirche als einen Weg recht-verständener christlicher Verantwortung anerkannt zu wissen. Deshalb müssen wir uns um unsere Kirche kümmern und mit ihr ringen, wie wir es in der Politik gewohnt sind.

GEIST UND MACHT, POLITIK UND BILDUNG

Bericht über die Beratungen in der Arbeitsgruppe II
auf der 9. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hamburg

von Bürgermeister a. D. Dr. Kurt Sieveking, Hamburg

Das Thema der zweiten Arbeitsgruppe, die gewissermaßen unter dem Präsidium von Bayern und Hamburg stand — sie wurde von Pfarrer und Dozent Alfons Kreußel, MdL, München, dem Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CSU, und mir geleitet — war kein ganz einfaches Thema. Genau genommen waren es zwei Themata. Deswegen haben wir sie in der Diskussion auch geteilt, obgleich sie letzten Endes natürlich doch wieder zusammengehören. Wir haben uns zuerst über das Thema: „Geist und Macht“, und wir haben uns dann über das Thema: „Politik und Bildung“ unterhalten. Und da nun der Geist — wie einer unserer Freunde, der sein Johannes-Evangelium gut im Kopfe hat, bemerkte — „weht, woher er will“, so wehte es in der Tat in dieser Diskussion aus den verschiedensten Ecken, und es war nicht immer leicht, das Schifflein auf dem richtigen Kurs zu halten. Ich hoffe, daß es trotzdem gelingt, hier eine Quintessenz der angeregten und wertvollen Diskussion zu geben.

Vermeintliche Gegensätze

Wir sind bei dem ersten Thema von der Tatsache ausgegangen, daß Geist und Macht in der Vergangenheit vielfach als Gegensätze empfunden wurden. Und wir haben uns gefragt, warum das wohl so war. Dabei kamen wir zu dem Resultat, daß die krasse Gegenüberstellung von Geist und Macht, die so weit ging, daß der Geist nichts von der Macht und die Macht nichts vom Geist wissen wollte, nicht zuletzt damit zusammenhing, daß unser Volk damals in einem Obrigkeitsstaat lebte, daß also unsere Väter und zum Teil auch uns noch obrigkeitsstaatliches Denken beherrschte, so daß der Geist die Macht tun ließ, was sie wollte, und die Macht sich oft herzlich wenig um den Geist kümmerte. Dadurch wurden weite Kreise unseres Volkes — und gerade diejenigen, die berufen waren, politische Führungsaufgaben zu übernehmen — im Grunde von einem richtigen Verständnis der Macht abgeschnitten.

Wir haben noch ein zweites festgestellt, und ich glaube, auch das ist richtig: daß nämlich das schöne und große Bildungsideal des 19. Jahrhunderts im Bürgertum, das auf Wilhelm v. Humboldt zurückging, vielfach dazu geführt hat, daß sich dieses Bürgertum geistig verinnerlichte, daß es sich nur der Ausbildung des Individuums widmete, und daß es darüber die harten Realitäten der politischen Welt und die Notwendigkeit des gemeinsamen Lebens und Strebens in der politischen Welt vernachlässigte.

Wir haben uns — was jeder verstehen wird — nicht in der Lage gesehen, in der kurzen Zeit, die für das Gesamtgespräch zur Verfügung stand, den Begriff des Geistes als solchen endgültig zu definieren. Ich bin aber ausdrücklich gebeten worden, hier zu sagen — und tue das sehr gern —, daß wir in diesem Zusammenhang auch den Begriff des Heiligen Geistes nicht vergessen haben, sondern uns der Kraft bewußt geblieben sind, die dem Geist, wenn er als Heiliger Geist wirkt, gegeben ist.

Richtiger Gebrauch der Macht

Viele von Ihnen kennen wahrscheinlich die alte, von dem Historiker Jakob Burckhardt herrührende These, daß die Macht böse sei. Wir waren der Meinung, daß diese These, wenn sie nicht schon überwunden ist, von

uns überwunden werden muß, und daß sich heute die Aufgabe stellt, den richtigen Umgang mit der Macht in allen Schichten unseres Volkes und vor allem in unserer politischen Gemeinschaft zu lernen. Macht an sich ist weder böse noch gut. Aber Macht stellt eine Kraft dar, die nach außen hin befähigt, den Staat zu schützen, die freiheitliche Grundordnung zu gewährleisten und zu verteidigen, und die im Innern die Staatsautorität repräsentiert und trägt, jene Autorität, die die Ordnung des Gemeinschaftslebens ebenso wie die freiheitliche Existenz des Einzelnen sichert. Das wird uns, solange die Dinge normal und friedlich verlaufen, zu meist gar nicht besonders bewußt, gewinnt aber — das wissen wir aus der Vergangenheit — entscheidende Bedeutung, wenn die Situation politisch kritisch wird. Und das heißt nun, ganz konkret gesprochen — wir haben uns darüber sehr eingehend unterhalten —, daß wir aufgerufen sind, der Gefahr aus dem Osten zu begegnen, und daß wir gleichzeitig aufgerufen sind, jeder subversiven und infiltrierenden Tätigkeit, mit der der Kommunismus in die Bundesrepublik einzudringen versucht, entgegenzutreten.

Wir waren uns also darüber klar, daß zum Schutze unserer freiheitlichen Existenz und unseres Staates eine militärische Macht notwendig ist, die uns gegenüber einem potentiellen Gegner eine harte Defensive mit Erfolg durchzuführen ermöglicht. Wir waren uns aber eingedenk der Tatsache, daß es uns im Westen gelungen ist, den alten deutsch-französischen Gegensatz durch unseren ganzen politischen und geistigen Einsatz zu überwinden, auch darüber klar, daß wir versuchen müssen, ebenso auch über unsere Grenzen hinaus nach Osten geistig initiativ zu werden, soweit das in unseren Kräften steht.

Bei all diesen Erwägungen war uns völlig bewußt, daß es im Letzten immer wieder auf die geistige Haltung und die geistige Standsicherheit des Einzelnen und unserer Gemeinschaft ankommt. Und damit darf ich zu dem zweiten Thema: „Politik und Bildung“ übergehen.

„Unpolitische Bildung — ungebildete Politik“

In der Antike, insbesondere in den alten Stadtstaaten Athen und Rom, galt nur der überhaupt als ein richtiger Mensch, der sich auch in der Politik betätigte. Wir waren der Meinung, daß eine solche Haltung heute bei uns weitgehend in Vergessenheit geraten ist und wir deshalb immer wieder auf eine gefährliche Neutralität und Indifferenz gegenüber dem politischen Leben stoßen. Auch ein gewisses Spezialistentum trägt natürlich das Seine dazu bei, daß man sich nicht mehr genügend um die gemeinsamen öffentlichen Angelegenheiten kümmert.

Einer der Diskussionsteilnehmer hat das ganze Problem sehr treffend umrissen, indem er sagte: „Es kann heute jemand nicht mehr als gebildet bezeichnet werden, der nicht auch seine politische Verantwortung wahrnimmt.“ Und ein anderer fügte hinzu: „Die Politik bleibt solange ungebildet, als die Bildung unpolitisch bleibt.“ Damit wurde erkannt, daß die Politik ein integrierender Bestandteil der Bildung ist. Und es wurde in diesem Zusammenhang nachdrücklich auf die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Erziehung und Bildung hingewiesen. Diese Notwendigkeit wurde insbesondere auch von einem Angehörigen der Bundeswehr unterstrichen, der mit Recht feststellte, daß es nicht die

Aufgabe der Bundeswehr sein könne, den Soldaten erst zum Staatsbürger zu erziehen, sondern daß der Soldat die Grundbegriffe staatsbürgerlichen Bewußtseins bereits in die Bundeswehr mitbringen müsse.

Ein Stück Obrigkeit und Staatsbürger zugleich

Hier liegt für Elternhaus und Schule und auch — das wurde betont — für die Universitäten noch ein weites, bisher keineswegs voll beackertes Feld. In unserem Volke muß das Bewußtsein wachsen, daß die Gestaltung der politischen Verhältnisse heute in die Hand des mündigen Bürgers gelegt ist, der ein Stück Ob-

rigkeit und den Staatsbürger in einer Person repräsentiert. Und ich glaube, doch auch noch sagen zu sollen, daß nach unserer Meinung der Stolz auf die Qualität der eigenen politischen Leistung zur Wurzel eines neuen Nationalgefühls werden kann und werden muß.

Es kommt — das sei wiederholt — alles darauf an, in der großen geistigen Auseinandersetzung, in der sich die Welt befindet, einen klaren Standpunkt zu beziehen. Und wir sahen die Aufgabe unserer Diskussion darin, zur Klarheit dieses Standpunktes beizutragen. Erlauben Sie mir bitte, mit einem Wort aus der Bibel zu schließen, das wir alle kennen: „Wachet, steht im Glauben, seid männlich und seid stark!“

PARTEIEN UND STAAT

Bericht über die Beratungen in der Arbeitsgruppe III
auf der 9. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hamburg

von Staatssekretär Dr. Walter Strauß, Bonn

Die dritte, von Frau Oberkirchenrätin Dr. Schwarzhaupt, MdB, und mir geleitete Arbeitsgruppe behandelte ein Thema, das besonders lebhaftem Interesse begegnete. Die sehr aktive Beteiligung zahlreicher Teilnehmer an dem Gespräch führte zu einem wertvollen Meinungsaustausch, der viele Anregungen gab.

Ein Rückblick auf die deutsche Vergangenheit war unumgänglich und geboten. Ausgegangen wurde davon, daß während der Weimarer Zeit der evangelische Bevölkerungsteil dem damaligen Staat verhältnismäßig kühl und mit einer gewissen Fremdheit gegenübergestanden hat. Namentlich diejenigen Schichten, die Einfluß besaßen oder besitzen konnten, wurzelten noch in dem Obrigkeits- und Beamtenstaat des 19. Jahrhunderts, der allerdings ein ausgebildeter Rechtsstaat auch in unserem Sinne war, jedoch mit einem Übergewicht der Verwaltung gegenüber dem Parlament. Für sie war es ihrer so gekennzeichneten Herkunft nach kaum möglich, ein engeres Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie zu gewinnen. Damit wurde aber eine Entwicklung gefördert, die zu den Ereignissen des Jahres 1933 führen konnte.

Demgegenüber ist jetzt auch auf der evangelischen Seite ein völliger Wandel eingetreten, zu dem natürlich nicht zuletzt die Erlebnisse während des Abbruchs der Jahre 1933 bis 1945 beigetragen haben. Es kann heute überhaupt kein Zweifel mehr an der uneingeschränkt positiven Einstellung des evangelischen Bevölkerungsteils zur parlamentarischen Demokratie in der Prägung unseres Grundgesetzes bestehen. Auch wir haben uns daran gewöhnt — obwohl hierin gewisse theologische Fragen beschlossen sind —, das Volk als Träger der Staatsgewalt anzuerkennen und die Demokratie als Fundament unseres Verfassungsdenkens zu betrachten.

Parteiendemokratie oder repräsentative Demokratie?

Diese Trägerschaft kann vom Volk nur in einer irgendwie organisierten Form ausgeübt werden. Entsprechend den Einzelbestimmungen unserer Verfassungen geschieht das im Wege von Wahlen der Abgeordneten der Landtage und des Bundestags, die in politischen Parteien zusammengeschlossen sind. In dem Bemühen, diese Form der Demokratie zu bewerten, führte die Diskussion sogleich zu einem Begriffspaar, das in der öffentlichen Erörterung seit langem eine Rolle spielt: Parteiendemokratie oder repräsentative Demokratie?

Das Grundgesetz erwähnt — erstmals in einer deutschen Verfassung — in seinem Artikel 21 die politischen Parteien als konstituierende Elemente des Verfassungslebens. Auf diesen Artikel 21 stützen sich die Verfechter des Gedankens der Parteiendemokratie. Hierbei ist viel Theorie im Spiele, die mitunter den Eindruck entstehen läßt, daß die Wirklichkeit des Lebens in Staat und Parteien nicht genügend berücksichtigt wird. Die Vertreter des Gedankens der repräsentativen Demokratie hingegen berufen sich auf den Artikel 38 des Grundgesetzes, der in wörtlicher Wiederholung aller Formulierungen deutscher Verfassungen des 19. Jahrhunderts geradezu eine Magna Charta der parlamentarischen Demokratie darstellt und besagt, daß der Abgeordnete Vertreter des gesamten Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen ist. Die überwiegende Meinung der Arbeitsgruppe neigte dahin, unsere Demokratie als eine repräsentative Demokratie anzusehen, sofern der Artikel 38 ernst genommen und so angewendet werde, wie es der Verfassung entspricht.

Außerparlamentarische Einflüsse

Daran knüpfte sich eine Erörterung der Frage, inwieweit außerparlamentarische Einflüsse auf die politischen Parteien mit dem Wesen der Demokratie vereinbar seien, also des Problems der Gruppeneinflüsse. Auch hier wurde die Antwort in Artikel 38 gesehen: Es steht in der Verantwortung des einzelnen Abgeordneten, inwieweit er Einflüsse derartiger Gruppen zuläßt, ihnen folgt oder ihnen widersteht. Alle Gesprächsteilnehmer sprachen sich eindeutig und entschieden für das Postulat der Unabhängigkeit des Abgeordneten aus. Aus dieser Sicht müsse auch die Frage des Fraktionszwanges verneinend beurteilt werden. Es wurde sogar die Frage aufgeworfen, ob eine Gruppe, die hauptsächlich einseitige Interessen vertritt, als politische Partei im Sinne des Artikels 21 anerkannt werden dürfe.

Die Rolle der Opposition

Die Einsicht, daß nur ein Mehrparteiensystem zur parlamentarischen Demokratie führen könne, gab Anlaß, die Rolle der Opposition und die Frage einer großen Koalition zu erörtern. Die Hauptaufgabe der Opposition wurde in ihrer Kontrollfunktion gesehen, d. h. auch in der durch sie bewirkten Machtbegrenzung der jeweils an der Regierung befindlichen Partei bzw.

Parteien. Die Regierungsbildung durch eine große Koalition könne nur dann mit dem Wesen der parlamentarischen Demokratie vereinbar sein, wenn ein nationaler Notstand oder eine Situation gegeben sei, wie sie z. B. gegenwärtig in Berlin besteht.

Gerade von Gesprächsteilnehmern, die nicht selbst Parlamentsabgeordnete sind, wurden die Schwierigkeiten hervorgehoben, denen sich die Abgeordneten, namentlich des Bundestags, heute in ihrer praktischen Arbeit gegenübersehen. Sofern man nicht zu einer Parteifunktionsdemokratie kommen wolle, müsse man Abgeordnete wünschen, die einen eigenen Lebensberuf ausüben und trotzdem in der Lage sind, die Arbeit zu bewältigen, welche die parlamentarische Tätigkeit mit sich bringt. Die technischen Hilfsmittel, die etwa in Bonn den Abgeordneten zur Verfügung stehen, seien noch sehr unzureichend und müßten wesentlich verbessert werden.

Zwei Typen von Abgeordneten

Überraschend lange wurde darüber gesprochen, daß es zwei Typen von Abgeordneten gibt: den Wahlkreisabgeordneten, der für den Wahlkreis unentbehrlich ist, aber in der parlamentarischen Arbeit wenig in Erscheinung tritt, und umgekehrt den Abgeordneten, der sich mit Anspannung aller Kräfte und mit großer Sachkunde den Aufgaben im Parlament widmet und dadurch für die Fraktion unentbehrlich ist. Letzterer läuft jedoch Gefahr, den politischen Boden einzubüßen, weil ihm die Zeit fehlt, sich hinreichend um seinen Wahlkreis zu kümmern oder, falls er über eine Landesliste gewählt ist, in der Landespolitik hervorzutreten. In dieser Problematik sind gewisse Gefahren für die parlamentarische Demokratie gegeben — einer Problematik, die sich allerdings nicht auf Deutschland beschränkt, sondern für alle parlamentarischen Demokratien westlicher Prägung gilt. Wenn hier nicht genügend Abhilfe gefunden wird, wird mittelbar auch das Übergewicht der Exekutive, also der sachkundigen Ministerialbürokratie, über das Parlament gestärkt.

Aktivierung der Parteimitglieder

Von den Fragen der inneren Organisation der Parteien interessierte insbesondere, wie man die Aktivität der Mitglieder verstärken und besser zur Geltung bringen könne. Bereits in den unteren Gliederungen der Parteien, den Orts- bzw. Kreisverbänden also, liege die Arbeit meist in den Händen nur einiger weniger Personen, und dieser Sachverhalt setze sich bis in die obersten Stufen der Parteien fort. Die Folge sei, daß auch die Entscheidung über die Aufstellung von Kandidaten für Parlamentswahlen vielfach nur einem ganz kleinen Kreis von Delegierten in Orts-, Kreis- und Landesverband zufalle. Allgemein wurde der Wunsch nach einem besseren innerparteilichen Kontakt laut, und zwar nicht nur von unten nach oben, sondern vornehmlich auch von oben nach unten. Man verkannte allerdings nicht, daß dies jedenfalls zum Teil auch eine Frage der Arbeitsbelastung ist. Gefordert wurde ferner, daß sich die evangelischen Mitglieder der CDU/CSU intensiver als bisher um das Anliegen von Hermann Ehlers bemühen, den Kontakt zu den nicht-parteiorganisierten evangelischen Bevölkerungskreisen zu verstärken.

Grenzen für die Betätigung der Parteien

Als sehr interessant erwies sich die Fragestellung, ob es Grenzen für die Betätigung der Parteien gäbe. Gerade von einer evangelischen Staatsauffassung her muß der Staat als ein Gebilde angesehen werden, das auch jenseits der Parteien als Ordnung für das Gesamtleben eines Volkes besteht, dem also ein Eigengewicht zukommt,

aus dem gewisse Grenzen für die Betätigung der Parteien abgeleitet werden können. Hierbei ist die Frage der Staatsform weniger entscheidend als die des Staatsinhalts. Das wurde daran verdeutlicht, daß auch unser Grundgesetz in zwei große Teile gegliedert ist: einen organisatorischen, der die Staatsform und ihr Funktionieren regelt, und einen Grundrechtsteil, der die Werte ausspricht, die den Staatsinhalt bestimmen. Unsere Grundrechte, die in gemeinsamer Arbeit der demokratischen Parteien im Parlamentarischen Rat formuliert worden sind, enthalten das für alle verfassungstreuen Parteien in der Gestaltung des Staatsinhalts Gemeinsame. Sie stellen eine materiale Wertordnung der Verfassung dar, die den Charakter unseres Staates prägen und auch das Verfassungsleben in seinem Ablauf maßgebend gestalten soll. Aus diesem gemeinsamen Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zum freiheitlich-sozialen Rechtsstaat folgen auch gewisse Grenzen für die Betätigung der Parteien.

Als eine solche Grenze wurde bezeichnet, daß die Parteien in ihrem Konkurrenzkampf das ihnen Gemeinsame nicht außer acht lassen dürften. Hier die richtige Form und den richtigen Ton zu finden, gehöre auch zum Umgang des Christen mit der Welt. Sodann wurde — in Erinnerung an historische Vorgänge namentlich im Ausland — gesagt, daß die Politik der Parteien nicht dahin zielen dürfe, den Staat zu ihrer Beute zu machen.

Besonders betont wurde die Grenze, die im Blick auf die Personalpolitik zu ziehen sei. Die Parteien müßten bemüht sein, hier Zurückhaltung zu üben. Nachdrücklich wurde auf die Fehler hingewiesen, die insoweit während der Weimarer Zeit in den Ländern begangen worden sind. Wenn auch die Verhältnisse bei uns heute wesentlich besser seien als damals, so liege hier doch eine Gefahr, die politischen Parteien, gleichviel in welchem Lande, inhärent sei. Erkenne man sie, sei damit schon ein gewisser Schutz gegeben.

Berufsbeamtentum und aktive Politik

Daran anschließend wurde über das Berufsbeamtentum gesprochen, an dessen Bejahung kein Zweifel bestand. Vornehmlich wurde erörtert, wie weit die staatsbürgerliche Betätigung des Staatsdieners — wir wollen diese Bezeichnung beibehalten, denn es geht hier wirklich um einen Dienst, nicht nur am eigenen Beruf, sondern weit darüber hinaus — in der Politik gehen dürfe. Die vertretenen Auffassungen waren nicht ganz einheitlich: Einerseits wurde die Ansicht geäußert, auch der Staatsdiener solle sich ruhig weitgehend aktiv in der Politik betätigen; andererseits wurde für eine gewisse Zurückhaltung eingetreten und versucht, dies an der Lage des aktiven Soldaten zu erläutern. Die Reichswehr sei aus seinerzeit durchaus verständlichen Gründen aus der parteipolitischen Sphäre herausgehalten worden. Der Fehler habe jedoch darin bestanden, daß man sie auch der allgemeinpolitischen Sphäre ferngehalten und für sie einen politisch wertneutralen Raum geschaffen habe. Daß später das tadellose, moralisch völlig einwandfreie Offizierkorps den veränderten Verhältnissen zum Opfer fiel, sei gerade darauf zurückzuführen, daß diese Wertneutralität verbunden war mit einer weitgehenden Unkenntnis politischer Tatsachen, politischer Methoden und des Verhaltens in einer nicht mehr monarchischen Welt. In Anwendung auf unsere gegenwärtige Lage wurde festgestellt, daß wir von den Staatsdienern jeder Kategorie, insbesondere aber von den Berufssoldaten, ein klares Bekenntnis zu den Grundlagen, vornehmlich zu den in den Grundrechten niedergelegten Grundlagen, unseres Staates verlangen; daß wir von ihnen darüber hinaus fordern, sich mit voller Bereitschaft aktiv für diesen Staat und für seine Verteidigung einzusetzen. Darin sehen wir allerdings einen Unterschied gegenüber der Weimarer

Zeit. Wir wünschen von den Staatsdienern Interesse für die Politik und ihre Vorgänge. Wir wünschen, daß sie eine Ausbildung erhalten, die sie in den Stand setzt, ein eigenes Urteil zu gewinnen. Uns ist der Beamte, der sich einen eigenen politischen Standpunkt erarbeitet und diesen auch vertritt, lieber als der Karrierist, der bereit ist, heute hier und morgen da zu stehen.

Erziehungs- und Bildungsaufgaben

Damit wurde eine Verbindung zu den Erziehungs- und Bildungsaufgaben hergestellt, die durchaus auch in den Zusammenhang „Staat und Parteien“ gehören. Von vielen Gesprächsteilnehmern wurde hervorgehoben, wie fruchtbar und weitreichend Eindruck und Ergebnis des Kulturpolitischen Kongresses der CDU/CSU in Gelsenkirchen gewesen ist. Es wurde nachdrücklich gefordert, daß sich die Union mehr als in der Vergangenheit mit Fragen der Kulturpolitik beschäftigt. Die größte deutsche Partei habe sich eingehende Vorstellungen von der Kulturpolitik allgemein, vor allem aber von dem Erziehungs- und Bildungswesen, zu erarbeiten und sich an den entsprechenden Diskussionen, die jeden Deutschen angehen, zu beteiligen. Das habe mit der Frage der Zuständigkeiten von Bund und Ländern in diesem Bereich nicht das geringste zu tun, da die kulturpolitische Grundlage aller Landesverbände und der Gesamtpartei eine gemeinsame sein müsse.

Appell an die Mitarbeit des Volkes

Als letztes Thema wurde erörtert, daß das Grundgesetz mit seinem so entschiedenen Grundrechtsteil — der von einem bestimmten Menschenbild ausgeht, das auch das unsrige ist — von dem Staatsbürger in ganz anderer

Weise verlangt, sich für die politischen Fragen zu interessieren, als in früheren Zeiten. Wir müßten, so wurde unterstrichen, weit mehr als bisher, selbstverständlich weit über unsere eigene Partei hinaus, an die aktive Mitarbeit des Volkes appellieren. Eine Demokratie parlamentarischer Art ist nur funktionsfähig, wenn sie nicht allein in ihren Grundzügen von dem überwiegenden Teil der Staatsbürger bejaht wird, sondern das Staatsvolk auch von den Möglichkeiten der Mitarbeit und damit Mitgestaltung Gebrauch macht und unter Umständen Kraft und Zeit für diese Mitarbeit opfert. Das gilt ebenso sehr für das Gemeindeleben wie für die Landes- und die Bundespolitik.

Eine entscheidende Aufgabe

Der evangelische Bevölkerungsteil erfreut sich nicht eines solchen Vereinslebens, wie es seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vom katholischen Bevölkerungsteil entwickelt worden ist. Dieses Vereinsleben, das ein großes Stück politischer Erziehungs- und Bildungsarbeit leistet, fehlt uns jedenfalls in diesem Umfang. Es fehlt uns insbesondere dort, wo es gilt, die Distanz, die vielfach noch bei der evangelischen Bevölkerung gegenüber aktiver politischer Betätigung vorhanden ist, zu überwinden. Hier liegt eine entscheidende Aufgabe nicht nur der Evangelischen Arbeitskreise der CDU/CSU auf Landes- und Ortsebene, sondern unserer Parteimitglieder überhaupt.

Die Diskussion fand ihren Abschluß mit dem Hinweis auf die Worte des Heidelberger Theologen D. Wilhelm Hahn in seinem das Gespräch mit den Hamburger Theologen einführenden Referat vom Vortage: „Mitarbeit in einer politischen Partei innerhalb der Demokratie aus christlicher Verantwortung ist politische Diakonie.“

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

Und wenn der Kommunismus siegte . . . ?

Unter dieser Überschrift macht Professor Dr. Emil Brunner, Zürich, in der „NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG“ u. a. folgende Ausführungen:

„Die Frage: ‚Und wenn der Kommunismus siegte . . . ?‘ ist nicht akademisch, sondern besonders seit den jüngsten Ereignissen nur allzu real. Sie ist nicht defaitistisch, sondern gerade umgekehrt gemeint, wie sofort klar werden wird. Sie will nicht Angst machen, sondern warnen. Noch scheint es ganz unmöglich, daß der Weltkommunismus sein oft so deutlich ausgesprochenes Ziel, die Weltbeherrschung, erreicht. Denn noch immer sind die Vereinigten Staaten von Amerika mit Westeuropa zusammen die größte Weltmacht; aber ihre Vormachtstellung wird stetig, wenn auch in verhältnismäßig kleinen Schritten zurückgedrängt und unterminiert.

Die Taktik des Kommunismus ist im Gegensatz zu seiner Strategie und zu seinem unerschütterlich feststehenden Ziel ungemein beweglich, aber einheitlich geleitet

und synchronisiert. Im Gegensatz zu Hitler ist sie mit großem Verständnis auf die Psychologie des Gegners und der Neutralen abgestimmt. Sie hat verstanden, trotz aller anfänglichen Widerstände, in den Völkern des Ostens ein Bild vom Westen, namentlich von Amerika, zu erzeugen, das dem Ressentiment der ehemaligen Kolonialvölker entgegenkommt und die Vereinigten Staaten sogar in Japan als Menschenheitsfeind Nr. 1, als den imperialistischen Aggressor und Friedensstörer erscheinen läßt, während doch offenkundig der einzige wirklich aggressive Imperialismus derjenige Rußlands und Rotchinas ist, der die Völker Osteuropas gegen ihren Willen mit brutaler Gewalt beherrscht und ausbeutet.

Lähmung des Abwehrwillens

Im Westen würde solche Propaganda wenig erfolgreich sein. Hier wird mehr indirekt, aber nicht weniger geschickt vorgegangen. Wo die Industriearbeiterschaft maßgebend die Politik bestimmt, z. B. in England, wird an die antikapitalistische Grundstimmung und an die Abneigung gegen das reiche Amerika an-

geknüpft. Bei den Intellektuellen wird das Gefühl der kulturellen Minderwertigkeit des angeblich nur vom Wert des Dollars besessenen amerikanischen Volkes ausgebeutet. Der Abwehrwille Europas wird durch die Verbreitung des Atomschrecks, durch die gleichzeitige heuchlerische Friedenspropaganda und durch das Imponieren mit den — ja in der Tat erstaunlichen — russischen Erfolgen in der Weltraumeroberung gelähmt. Vor allem aber wird durch die Inszenierung von immer neuen Krisen die Aufmerksamkeit von der Hauptsache, vom langsamen Vormarsch des Kommunismus in den verschiedenen Weltteilen, abgelenkt . . .

Spaltung der Christen

Besonders alarmierend ist der Erfolg der kommunistischen Propaganda innerhalb des Weltprotestantismus. Zuerst wurde im Weltrat der Kirchen die Parole ausgegeben: der Antikommunismus sei die Linie der römisch-katholischen Kirche und müsse zum Kriege führen. Sodann wurde die Meinung verbreitet: der Antikommunismus sei eine des Christen unwürdige, sterile Haltung, man müsse mit dem Kommunismus im

Gespräch bleiben'. Dann wurde die Friedenspropaganda Moskaus aufgenommen, da ja doch die Kirche selbstverständlich 'für den Frieden' sein müsse. Ganz besonders leidenschaftlich machte man sich den Horror vor der Atomkatastrophe, den Moskau propagierte, zu eigen, indem man auf den kommunistischen Trick hereinfiel, nukleare Rüstung mit Willigkeit zum Atomkrieg gleichzusetzen und den Westen dafür verantwortlich zu machen, und merkte nicht, wie Moskau abwechselnd mit Raketen und der russischen Überlegenheit in Atomwaffen drohte und mit der Friedenspalme winkte.

Außer acht wurde gelassen, daß das, was an freier Welt in Europa übrig geblieben ist, seine Existenz vor allem dieser nie in Aktion gesetzten nuklearen Rüstung zu verdanken hat. Wer vor einseitiger nuklearer Abrüstung warnte, wurde — wie z. B. Bischof Dibelius — als Feind Christi hingestellt... Der bedeutendste Wortführer des Protestantismus, Karl Barth, stellte in einem Offenen Brief an den Philosophen Bertrand Russell, der sein Leben lang gegen den 'christlichen Aberglauben' gehetzt hatte, die Frage, ob es nicht an der Zeit wäre, gegenüber einer Regierung, die nukleare Rüstung betreibt, die praktische Dienstverweigerung zu proklamieren, was Earl Russell denn auch prompt, allerdings nicht mit großem Erfolg, getan hat...

Unbewußte Hilfestellung

In letzter Zeit wurden diese Gedanken auf ökumenischen Kanälen auch in die Kirchen der Vereinigten Staaten hineingetragen, was sich z. B. in die 'Cleveland Message' manifestiert, in der von einem ökumenischen Kreis der amerikanischen Christenheit wohl die Gefahr eines Atomkrieges drastisch geschildert, aber die ebenso große Gefahr einer kommunistischen Weltherrschaft verschwiegen wird. Es werden Anschauungen verbreitet, wie sie z. B. der Offene Brief Karl Barths an die deutschen Christen in der 'DDR' enthält: daß man ja auch unter einem kommunistischen Regime christlich predigen, christlich glauben und leben könne. Der Defaitismus wird unter Berufung auf den Propheten Jeremia als Gottes Wille gepredigt und so das den Widerstandswillen lähmende Gift, gegen das bisher das amerikanische Volk immun war, auch in ihm wirksam gemacht.

So betreibt die Kirche unbewußt die Geschäfte des Kommunismus. Sollten wir Schweizer uns darüber verwundern, wenn doch auch von Schweizer Pfarrern und Theologen in zunehmendem Maße öffentlich die Meinung vertreten wird: die Werte des sogenannten christlichen Abendlandes seien der Verteidigung nicht wert, vielmehr sei diese dekadente Kultur reif zum Untergang? Das kann offenbar nur der sagen, der sich die Frage nicht gestellt hat, was denn der Sieg des kommunistischen Systems bedeuten würde...

Vollkommener Totalitarismus

Von allen Diktaturen der bisherigen Geschichte unterscheidet sich die des Kommunismus durch ihre perfekte Systematik und durch ihren Totalitarismus. Es gibt in ihm überhaupt keinen privaten Lebensraum, alles Leben ist vom Staate erfaßt und beherrscht. Das Wichtigste am Totalitarismus aber ist, daß er den Menschen formt nach seinem Bilde. Er besitzt das Monopol aller Mittel der Menschen-, 'Bildung'... Er hat die psychologische Technik der Seelenformung raffiniert ausgebaut. Er vermag wirksam alle seinen Zwecken zuwiderlaufende Einflüsse auszuschalten. Der Mensch aber, den er schafft, ist 'der Mensch minus alles Menschliche', ohne Spontaneität, ohne Freiheit des Denkens, der Mensch, der ganz und gar dem System eingepaßt ist — jenem System, das sich aus dem konsequenten Atheismus ergibt —, das reine Kollektivwesen ohne Herz, ohne das — als bürgerlich verachtete — Gefühl und Gewissen, der perfekte sozialistische Staatsroboter.

Beseitigt werden alle Spuren des Christentums und alle Mittel, durch die sich dieses erhalten und verbreiten kann, ebenso wie alle andere Religion, abgeschafft alle Kirchen, vernichtet alle Bibeln, vernichtet aber auch alle humanistische Literatur und Kunst, denn das alles ist dem System gefährlich und muß darum verschwinden. Verschwinden muß auch die Erinnerung an die menschliche Geschichte, sofern sie nicht als Mittel der Verächtlichmachung der Religion und des Humanen und der Verherrlichung des Kommunismus dienen kann. All dies ist jetzt noch nicht ganz so, wird aber mit Sicherheit so sein, wenn der Kommunismus nicht mehr mit der Weltmeinung zu rechnen hat, sondern sein Wesen ungehindert auswirken und nur noch auf

seine konkurrenzlose Verwirklichung und Selbsterhaltung bedacht sein kann...

Utopische Hoffnung

Darum ist es doch wohl reine Utopie, eine allmähliche innere Wandlung eines einmal gründlich bolschewisierten Volkes, eine Revolution von innen zu erhoffen. Zwar ist das kommunistische Umbildungsprogramm noch immer ein unabgeschlossenes Experiment, und seine Resultate sind nicht ganz so eindeutig, wie wir dies für den Fall eines kommunistischen Sieges angenommen haben. Und auch dann bestünde noch immer die Frage, ob nicht aus der Natur des Menschen der Widerstand gegen dieses System des Seelenmordes entstehen kann. Aber die Wachsamkeit der GPU und die Macht und der Wille der Herrschenden, jede oppositionelle Regung im Keime zu ersticken, machen leider eine optimistische Prognose praktisch unmöglich... So sieht die Zukunft der Menschheit aus, wenn es dem Kommunismus gelingt, die Weltherrschaft zu gewinnen: eine Menschheit von 'toten Seelen', wie sie der große russische Dichter Gogol prophetisch vorausgeschaut hat.

Grauenhaftes Ende

Weil wir Menschen des Westens noch in einer Welt leben, wo das Selberdenken und die freie Gedankenäußerung selbstverständlich sind, können wir uns die Verwirklichung eines solchen unmenschlichen Menschentums einfach nicht vorstellen. Darum erlauben wir uns noch den Luxus, den Antikommunismus als eine bornierte, höchst inhumane, unchristliche Haltung zu diffamieren und zu bekämpfen. Es ist höchste Zeit, aus diesem Wahn zu erwachen und sich zu ermannen, um die Menschheit, uns selbst, unsere Kinder und Enkel vor diesem grauenhaften Ende zu bewahren, das den Ertrag der ganzen Menschheitsgeschichte vernichten würde. Alles, was man zugunsten des Kommunismus anführt: die Hebung der allgemeinen Wohlfahrt, die Verbreiterung der Bildungsmöglichkeiten, die fortschrittliche Hygiene, kommt, sofern es überhaupt wahr ist, nicht auf gegen den Verlust der Seele. Die Auslöschung des freien Geistes und der menschlichen Seele ist ein Preis, der niemals bezahlt werden darf. Das muß das gemeinsame Glaubensbekenntnis aller Christen, aller Religionen und alles Humanismus sein."